

**FLÜCHTLINGE IN DEN  
KOMMUNEN**

Migration als Normalität?  
S. 04 - 09

**PROJEKT INTERAKTIVER  
BILDUNGSFAHRPLAN**

Die Lautrer Lupe  
S. 22 - 25



**ANKOMMEN**

Integration durch Bildung

**JETZT!**

INITIATIVE Bildungsrecht für Kinder und  
Jugendliche mit Fluchterfahrung  
S. 17 - 18

**INTERVIEW**

Jörg Freese über Gestaltungsspielräume  
der Kommunen und die Rolle von  
kommunalem Bildungsmanagement  
S. 19 - 21

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



Transferinitiative  
Kommunales  
Bildungsmanagement

Agentur RLP-SL



## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Im Rahmen unserer Beratung hatten wir in den vergangenen Monaten viele Gelegenheiten mit Verantwortlichen aus den Kommunalverwaltungen darüber zu sprechen, in welcher Weise die Integration der vielen 2015 zugewanderten Menschen die Verwaltungen vor Ort gerade auch im Bildungsbereich fordert. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass sich viele dieser Kommunen gezielt um eine kohärente Integrationspolitik bemühen, die Neuzugewanderten möglichst frühzeitig die Teilnahme an Sprach- und Bildungsangeboten ermöglicht.

Unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche innerhalb der Kommunalverwaltung und eine Vielzahl von Akteuren, die auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene beteiligt sind, machen die Förderung der Integration geflüchteter Menschen durch Sprach- und Bildungsangebote zu einer komplexen Herausforderung. Dabei stellt sich die Ausgangssituation in den Städten, Landkreisen und Gemeinden mitunter sehr unterschiedlich dar – sowohl in Bezug auf vorhandene Erfahrungswerte als auch hinsichtlich

der Unterstützungsstrukturen für die Bewältigung dieser neuen Aufgabe. Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani, Gerrit Weitzel und Julian Waleciak beleuchten diese unterschiedlichen Voraussetzungen in Stadt und Land mit Blick auf die Anstrengungen, die dadurch auch verstärkt in ländlich geprägten Gebieten auf die Kommunen zukommen.

Der Schlüssel zum Ankommen in der neuen Gesellschaft ist Bildung. Ganz zu Beginn steht der Spracherwerb, der es ermöglicht, sich im Alltag zurecht zu finden. Die Steuerung und Koordinierung von Sprach- und Bildungsangeboten auf kommunaler Ebene stellt daher einen wichtigen Aufgabenbereich für die Kommunen in der Integrationsarbeit dar. Es erfordert viel Fingerspitzengefühl die unterschiedlichen Akteure einer Bildungslandschaft in einem Netzwerk zusammen zu bringen. Greta Wieskotten umreist in ihrem Beitrag Aufgabenbereiche sowie Anknüpfungspunkte und erläutert den Mehrwert einer kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte.

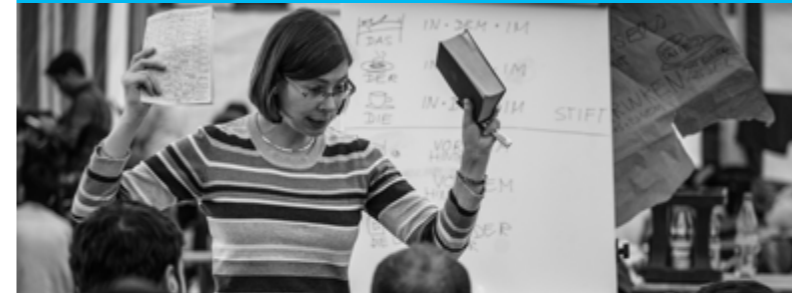
Geflüchtete Kinder und Jugendliche müssen viele Eindrücke verarbeiten und Herausforderungen bewältigen, dazu zählt auch, sich in einem fremden Schulsystem zurecht finden. Welche Hilfestellungen eine Kommune dabei den Eltern geben kann und wie es möglich wird, den Schulbesuch am Lernstand und nicht an den Deutschkenntnissen auszurichten, zeigt Aud Riegel am Beispiel der Stadt Münster.

Mit den Praxisbeispielen aus Kaiserslautern und Trier werfen wir zudem einen Blick auf gute Praxis im Bildungsmanagement in der Region.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

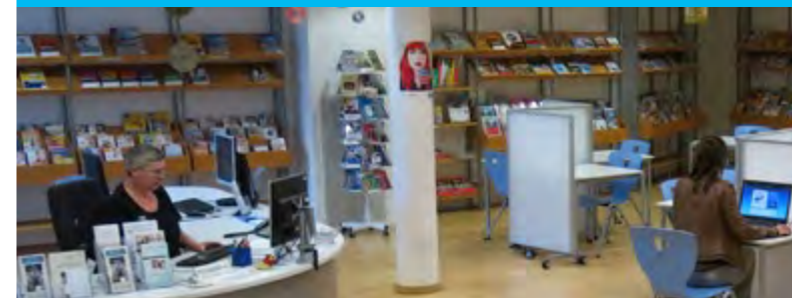
Ihre Dr. Katja Wolf

## Inhalt



### Ankommen – Integration durch Bildung

S. 04 - 16



### Wie die Stadt Trier im Bildungs- und Medienzentrums Bildungszugänge schafft

S. 26 - 30



### Jörg Freese im Gespräch über die Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften

S. 19 - 21

### Im Fokus

Flüchtlinge in den Kommunen – Herausforderungen und Perspektiven  
Aladin El-Mafaalani, Gerrit Weitzel und Julian Waleciak  
S. 04 - 09

Kommunale Bildungskoordination für Neuzugewanderte  
Greta Wieskotten // S. 10 - 12

Neukonzeption der Beschulung von neuzugewanderten Kindern und Jugendlichen in der Stadt Münster  
Aud Riegel und Klaus Ehling // S. 13 - 16

### Kooperation:

INITIATIVE Bildungsrecht für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung: JETZT!  
Pia Gerber und Lea Hoffmann // S. 17 - 18

### Interview:

mit Jörg Freese, Deutscher Landkreistag  
S. 19 - 21

### Aus der Praxis:

Der interaktive Bildungsfahrplan – Die Lautrer Lupe  
Dirk Lion // S. 22 - 25

Der Aufbau des Trierer Lerntreffs – Querschnittsaufgaben und Veränderungsprozesse  
Nina Krämer-Kupka // S. 26 - 30

### Termine:

Veranstaltungen der Transferagentur RLP-SL  
S. 31



Fotograf Herbert Piel dokumentierte im Auftrag der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. die Ankunft von Flüchtlingen in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz. Die Begleitfotos zu diesem Artikel zeigen Ausschnitte aus diesem Zeitdokument.

## Flüchtlinge in den Kommunen

### HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN

Geflohene Menschen, die in Deutschland Zuflucht und Sicherheit suchen, stellen die Aufnahmegesellschaft vor zahlreiche Herausforderungen. In den ersten Wochen nach ihrer Ankunft geht es im Wesentlichen um Organisation und Verwaltung, hier insbesondere um die Versorgung, Unterbringung, Registrierung sowie die Einleitung des Asylverfahrens. Diese Aufgaben haben in den Monaten zwischen Herbst 2015 und Frühjahr 2016 an vielen Stellen zu Reibungen geführt, die zum Teil durch kurzzeitige Überforderungen verursacht wurden, die zum anderen Teil durch ohnehin vorliegende Probleme, welche lediglich sichtbar wurden, begründbar sind. Entsprechend hat sich die Situation in den verschiedenen Bundesländern, aber insbesondere in den Kommunen ganz unterschiedlich dargestellt. Nichtsdestotrotz sind sich Experten weltweit einig, dass es kaum einem anderen Staat gelungen wäre, Obdachlosigkeit zu vermeiden und gleichzeitig auf derart hohem Niveau die Versorgung sicherzustellen – zumal sich die Kommunen unvorbereitet der Situation stellen mussten. Daneben hat das Engagement vieler Teile der Bevölkerung, das in dem Begriff der deutschen „Willkommenskultur“ weltweit gefasst wurde und das offenbar weiter anhält, die meisten Beobachter überrascht. Nun stellen sich mittel- und langfristige Herausforderungen im Hinblick auf die nachhaltige Integration der Neuzugewanderten.



Foto: Zelt in ALzey, 13-10-15 © H.Piel

#### Räumliche Verteilung

Wir haben Raumkapazitäten in bestimmten Gebieten. Dort wurden in den vergangenen Jahren – auch vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Expertise – Entwicklungspläne unter der Annahme von Bevölkerungsrückgang oder bestenfalls -stagnation gemacht. Man denke an viele ländliche Regionen, an das Ruhrgebiet oder auch viele Kommunen in Ostdeutschland. Aus heutiger Sicht scheint klarer zu werden, dass die Bevölkerung zwar älter wird, aber nicht (mehr) davon auszugehen ist, dass sie schrumpft.

Auch aufgrund vorliegender räumlicher Kapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen insbesondere in ländlichen Regionen und kleineren Kommunen wurde entschieden, die Menschen gleichmäßig zu verteilen. Eine intuitiv und auch aus verwaltungstechnischer Perspektive durchaus plausible und aufgrund der Zugangszahlen und -frequenz wahrscheinlich auch notwendige Lösung. Allerdings gilt es hierbei einige Aspekte im Hinblick auf die ungleich verteilten Rahmenbedingungen und Potenziale zur Integration zu beachten, die bisher kaum reflektiert zu sein scheinen:

Für eine Unterbringung in ländlichen Regionen und kleinen Kommunen spricht neben der guten Verfügbarkeit von Wohnraum die leichtere Umsetzung von dezentraler Unterbringung sowie ggf. notwendig werdender Baumaßnahmen. Andererseits sind die notwendigen Rahmenbedingungen für die Integration der Neuzugewanderten häufig nicht in der Form gegeben. Denn für die Integration von Flüchtlingen sind die technische und soziale Infrastruktur sowie der Arbeitsmarktzugang und das Schulangebot von zentraler Bedeutung.

#### Öffentliche Infrastruktur

Flüchtlinge sind in besonderer Weise auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Im ländlichen Raum ist dies noch stärker der Fall, weil in der näheren Umgebung in der Regel weder die medizinische und psychologische Versorgung noch die notwendige juristische Beratung gewährleistet werden kann. Zudem fehlt es insbesondere in den Regionen, die bisher wenig Erfahrung mit Migration gemacht haben, an Dolmetscherinnen und Sprachlehrern für die notwendigen Sprachkurse. Während also die Abhängigkeit vom öffentlichen Personennahverkehr besonders groß ist, weil viele Angebote nicht vor Ort zur Verfügung stehen, ist genau dieser häufig extrem schwach ausgeprägt. In vielerlei Hinsicht fehlt es an grundlegenden Strukturen zur Integration von Flüchtlingen.

#### Integrationsfachkräfte in der Verwaltung

Dort, wo bisher kaum Migration stattgefunden hat, ist die Expertise im Umgang mit Migration nicht vorhanden. Den Fachkräften im öffentlichen Dienst und in sozialen Einrichtungen fehlen entsprechendes Wissen und Erfahrung im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse von Flüchtlingen und auf die spezifischen Herausforderungen bei der Integration derselben. Da solche Fachkräfte derzeit allorts gesucht werden, fällt es in ländlichen Regionen besonders schwer, geeignete Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden.

#### Arbeitsmarktzugang

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist zwar den bisher genannten Aspekten nachgeschaltet, aber gleichzeitig der wohl wichtigste. Die Arbeitsmarktintegration hängt im Wesentlichen einerseits von Qualifikation bzw. Qualifizierung der Geflüchteten, andererseits vom lokalen und regionalen Arbeitsmarkt ab. Für ländliche Regionen kann dies ganz Unterschiedliches bedeuten. In dem nicht seltenen Fall einer geringen Arbeitskraftnachfrage vergrößern sich die Herausforderungen für alle Kommunen (ganz unabhängig von der Größe).

#### Schulbesuch und Bildungschancen

Eine andere für den langfristigen Integrationserfolg besonders wichtige Ebene ist der Bereich Bildung und hier insbesondere das lokale Schulangebot. Bei der Analyse der Bildungsbeteiligung fällt auf, dass – gegen die Intuition – die Bildungsteilnahme von ausländischen Kindern sich dort stärker jener der deutschen Kinder annähert, wo der Anteil ausländischer Kinder hoch ist. Und andersherum sind die relativen Bildungschancen ausländischer Kinder in den Kommunen besonders schlecht, wo es relativ wenige gibt (jeweils gemessen an den Förderschul- und Gymnasialquoten). Auch dieser Zusammenhang lässt sich auf die Erfahrungen und Expertise im Kontext von Migration sowie den Aufbau förderlicher Strukturen (u.a. Selbstorganisationen von Minderheiten) zurückführen. Da der Ausländeranteil in ländlichen Gebieten tendenziell geringer ist als in urbanen Räumen lässt sich gleichsam ein deutlicher Stadt-Land-Unterschied der Bildungschancen erkennen.

Es ist also offensichtlich zu kurz gedacht, davon auszugehen, dass die Integration von Migrantinnen und ihren Nachkommen dann gut funktioniert, wenn ihr Anteil in einer Kommune besonders niedrig ist. Viel entscheidender als Anzahl und Anteil scheinen das Vorliegen von relevanten Strukturen und Expertise zu sein – und genau diese ist ungleich verteilt. »

### Beschulung von Flüchtlingen

Die Unterbringung in Regelklassen eignet sich besonders gut für jüngere Kinder. Sie haben weniger Berührungängste und schämen sich auch nicht etwas Falsches im Unterricht zu sagen. Ein schneller Anschluss wird dadurch begünstigt. Für ältere Kinder und Jugendliche kann die Unterbringung in „Willkommensklassen“ positive Effekte haben. Sie stehen ihrem neuen sozialen Umfeld vorsichtig gegenüber und wollen sich keine Blöße geben, indem sie Fehler machen. Diese Erkenntnisse sind jedoch aus den Erfahrungen in größeren Städten gewonnen worden. Wie sich die Beschulung und die Bildungsintegration von geflüchteten Kindern in ländlichen Regionen gestaltet, muss weiter beobachtet werden. Ähnliches gilt für den Umgang mit nicht mehr schulpflichtigen aber dennoch jungen Menschen. Ein sehr großer Teil der Flüchtlinge ist zwischen 16 und 30 Jahren alt. Diese Altersgruppe stellt die Institutionen vor besondere Herausforderungen. Auch für sie liegen wahrscheinlich in Ballungsgebieten umfangreichere Angebote vor als in kleinen Kommunen.

### Mittelfristige Perspektive

Derzeit kann man gar nicht grundsätzlich gegen eine Verteilung auch in ländliche Gebiete und kleinere Kommunen sein. Zu groß ist die Gefahr einer Verschärfung von Segregationstendenzen in den Großstädten. Aber während in den Ballungsgebieten Strukturen und Expertise vorliegen und ggf. kurzfristig ausgebaut werden müssen, gilt es in ländlichen Regionen Strukturen und Expertise überhaupt erst aufzubauen. Dies muss gefördert und begleitet werden. Während also eine geeignete und dezentrale Unterbringung leichter möglich ist, muss kritisch beobachtet werden, inwieweit die Integration von Geflüchteten auf dem Lande ggf. ein Mehr an (monetärem) Aufwand bedeutet.

Es handelt sich also um eine äußerst komplexe Problemstellung, für die es keine Erfahrungswerte und entsprechend keine einfachen, klaren Lösungsansätze gibt. Einfach nur verteilen und dann abwarten geht nicht. Zum einen deshalb nicht, weil – wie dargestellt – das Integrationspotenzial keineswegs gleichmäßig verteilt vorliegt. Zum anderen deshalb, weil – nach einer Übergangszeit – die Geflüchteten den Weg in die größeren Städte suchen werden. Das liegt neben den beschriebenen Rahmenbedingungen an den zentralen Unterschieden zwischen Stadt und Land. Urbane und ländliche Räume unterscheiden sich insbesondere im systematischen Umgang mit Fremdheit: Während in ländlichen Räumen der (mir) unbekannte bzw. fremde Mensch auffällt, überrascht es in Ballungsräumen,



Foto: Zelt in ALzey, 13-10-15 © H.Piel

einem (mir) bekannten Menschen zu begegnen. Großstädte und Metropolen sind Orte, die überhaupt nur aufgrund von Zuzug und Migration existieren und fortbestehen. Daher sind Überraschungen, Wandel und Fremdheit, aber auch Dynamik und Stressresistenz integraler Bestandteil dieser Ballungsräume, was für Neuzugewanderte in vielerlei Hinsicht positive Effekte haben kann.

Da sich derzeit keine systematischen Bemühungen erkennen lassen, die das Integrationspotenzial des ländlichen Raums sowie kleinerer Kommunen fördern und diese Orte für Flüchtlinge attraktiv und perspektivreich machen, was äußerst wünschenswert wäre, wird man die Neuzugewanderten nicht dauerhaft dort halten können. Aber man hat Zeit gewonnen. Diesen Zeitpuffer gilt es nun zu nutzen.

### Herausforderungen: Migration als Normalität in allen Kommunen.

Der soziale Wohnungsbau scheint eine neue Renaissance zu erleben. Allerdings konzentriert er sich in den Städten in bestimmten, meist segregierten Stadtteilen oder in den Außenbezirken, was problematisch werden kann und daher genau

beobachtet werden sollte. Die Regelung und Auslegung der Rahmenbedingungen für den Neubau in Städten müssen flexibler werden.

Die Konzentration von Flüchtlingen in bestimmten Stadtteilen ist zumindest mittelfristig zu erwarten. Daher müssen genau diese Stadtteile lebenswerter werden und bleiben. Zentrale Herausforderungen bestehen darin, Maßnahmen zu ergreifen, dass diese Orte keine Sackgassen werden – es müssten attraktive Anknüpfungsgebiete und Integrationsschleusen sein. Dafür muss in Köpfe (insbesondere Bildung), aber auch in Steine (Stadtteilentwicklung) sowie in Sicherheit (migrationssensible Polizei) investiert werden. Für derartige kreative Lösungen vor Ort ist und bleibt eine zentrale Baustelle die Struktur der kommunalen Finanzen.

Für eine systematische und soziale Wohnungspolitik für alle Menschen wäre eine umfassende Strategie notwendig, für die eine realistische Perspektive auf die mittelfristige Entwicklung der Zuwanderung notwendig wäre. Es werden wahrscheinlich nicht wieder so große Zahlen wie 2015 zu erwarten sein, aber wahrscheinlich auch nicht mehr so geringe wie in den Vorjahren. Entsprechend ist eine hohe Fluktuationsrate in der kom-

munalen Wohnbevölkerung zu erwarten. Und die Bekämpfung dauerhafter sozialer Probleme (insbesondere Armut und Perspektivlosigkeit) muss stärker forciert werden, damit sich keine Opferkonkurrenz entwickelt, in der Flüchtlinge die Projektionsfläche für politische Versäumnisse darstellen.

In den Sozialwissenschaften spricht man schon seit langer Zeit von Globalisierung. Die globale und die lokale Dimension gewinnen an Bedeutung. Und wir haben so viel Globalität vor Ort wie noch nie. Der Bedeutungsgewinn von Lokalität sollte sich in absehbarer Zeit in einem Bedeutungsgewinn der Kommunalpolitik widerspiegeln. «

**Autoren:** Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani – Professor für Politikwissenschaften an der FH Münster; Gerrit Weitzel – wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Gesellschaft und Digitales an der FH Münster; Juian Waleciak – wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Gesellschaft und Digitales an der FH Münster

# Kommunale Bildungskoordination für Neuzugewanderte

In den vergangenen Jahren sind sehr viele schutzbedürftige Menschen nach Deutschland gekommen. Das hat die Kommunen vor die Herausforderung gestellt, innerhalb kurzer Zeit Strukturen für die Unterbringung und Versorgung bereitzustellen. Gleichzeitig steht für die Kommunen der nächste Schritt an, die Menschen, die voraussichtlich für längere Zeit in unseren Städten und Gemeinden leben werden, zu integrieren und ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Es ist unstrittig, dass hierbei die Zugänge zu Bildung und zum Arbeitsmarkt maßgebliche Faktoren sind. Um den Neuzugewanderten zu ermöglichen das Bildungssystem in Deutschland zu verstehen und einen Einstieg zu finden, müssen in den Kommunen Bildungsangebote koordiniert und Strukturen geschaffen oder weiterentwickelt werden.

Die Kommune als Ort des Lebens, der Bildung und des Arbeitens, ist am besten geeignet Strukturen aufzubauen, interne aber auch externe Angebote, wie zum Beispiel ehrenamtlich organisierte Sprachkurse oder Lernpatenschaften, zu verzahnen und zu koordinieren. Es entsteht eine kommunale Bildungskoordination für Neuzugewanderte, die für das abgestimmte Zusammenwirken aller Bildungsakteure vor Ort eine zentrale Rolle einnimmt. Dies ermöglicht es der Kommune, statt fortwährend auf äußere Entwicklungen und Notwendigkeiten reagieren zu müssen, proaktiv zu handeln und Bildungsangebote entsprechend der Bedürfnisse vor Ort aufzustellen.

## Ziele einer kommunalen Bildungskoordination für Neuzugewanderte

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat den Bedarf einer Bildungskoordination erkannt und möchte Kommunen durch die Förderung kommunaler Koordinierungsstellen unterstützen. Ziel dieser kommunalen Bildungskoordination ist es, die Integration von Neuzugewanderten in das Bildungssystem vor Ort für die Kommune handhabbar zu machen und den Neuzugewanderten eine zeitnahe und transparente Teilhabe zu ermöglichen. Dabei darf die Qualität der Bildung nicht aus dem Fokus geraten. Es müssen Unterstützungsstrukturen aufgebaut werden, die sich an den individuellen Bedürfnissen dieser besonders sensiblen Gruppe orientieren.

## Komplexität an Themen und Aufgaben

Die Kommunen stehen dabei vor zum Teil neuen Aufgaben und benötigen (neue) Abstimmungsprozesse innerhalb und außerhalb der eigenen Verwaltung. Themen wie der Seiteneinstieg in die Schulen, Umgang mit nicht oder gering qualifizierten Schulabgängerinnen und Schulabgängern, Nachqualifizierungen sowie Alphabetisierung und Sprachkurse sind nur einige Beispiele dieser Aufgaben.

## Komplexität an Zuständigkeiten

Die Integration von Neuzugewanderten in Bildung und Arbeit ist eine komplexe und vielseitige Aufgabe, an der zahlreiche Akteure aus der Kommune, freie Träger der Jugendarbeit, Bildungseinrichtungen, Kammern, Kirchen, Migrantenorganisationen, Beratungseinrichtungen, Verbände, Stiftungen, Initiativen, Projekte und

Ehrenamtliche beteiligt sind. Diese Akteure sollen im Zuge der Koordination als Partner in einer Verantwortungsgemeinschaft zusammengebracht werden.

Es bedarf dabei einer zentralen Ansprechperson, die diese Koordinierungsaufgabe für die Bildungslandschaft vor Ort übernimmt. Aufgabe dieser Koordinierungsstelle ist es, Bedarfe zu sammeln und mit bestehenden Angeboten abzugleichen, eine ressortübergreifende Abstimmung der für diese Querschnittsaufgabe zuständigen Ämter und Einrichtungen innerhalb der Kommunalverwaltung herbeizuführen sowie die lokalen Kräfte zu bündeln. Die Ansprechperson ist dabei Mittlerin, Moderatorin und Multiplikatorin.

Für viele Kommunen erfolgt der Einstieg in die kommunale Bildungskoordination über das Einwerben des BMBF-Förderprogramms zur kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte. Beim Aufbau einer kommunalen Bildungskoordination ist es wichtig, alle Akteure so einzubeziehen, dass der Mehrwert erkannt wird und die Bereitschaft koordiniert zu werden entsteht. Die Ansiedlung an zentraler Stelle in der Kommunalverwaltung, zum Beispiel als Stabsstelle, ist insofern sinnvoll, als hier eine Schnittstellenfunktion entsteht, die es ermöglicht bereichsübergreifend und nicht amtsgebunden zu agieren. Dadurch ist es für kommunale Koordinatorinnen und Koordinatoren möglich, als feste Ansprechperson innerhalb und außerhalb der Kommunalverwaltung wahrgenommen zu werden.

In einem ersten Schritt der kommunalen Koordinierung werden relevante Bildungsakteure innerhalb und außerhalb der Kommunalverwaltung identifiziert und eingebunden. In der Zusammenarbeit mit den Akteuren ist es sinnvoll auf bestehende Gremien, Runde Tische und andere Abstimmungsstrukturen aufzubauen. Erst wenn diese nicht in geeigneter Zusammensetzung und Ausrichtung vorhanden sind, sollten neue Steuerungsgruppen und Arbeitskreise ins Leben gerufen werden.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Herstellung von Transparenz über vorhandene Bildungsangebote sowie die Bündelung und zentrale Bereitstellung der Informationen. Dabei sollten sowohl formelle Bildungsangebote berücksichtigt werden, als auch non-formale Bildungsangebote, wie sie zum Beispiel in der Jugendarbeit zu finden sind sowie informelles Lernen, wie es etwa in Vereinen stattfindet, bedacht werden. Bedeutend ist es außerdem, diejenigen von Anfang an miteinzubeziehen, die sich schon lange mit dem Thema Integration beschäftigen. Allen voran sind hier die Jugendmigrationsdienste und Migrantenverbände zu nennen. Sie finden durch langjährige Erfahrung, etablierte Beratungsstrukturen, Mehrsprachigkeit und oft durch einen eigenen Migrationshintergrund einen guten Zugang zur Zielgruppe. Sie sind daher wichtige Brückenbauer bei der Ansprache von Neuzugewanderten.

Daten von Bildungseinrichtungen bilden die Grundlage, um Lücken aufzudecken und die Angebotsstruktur auf die Nachfrage und Bedarfslage der Neuzugewanderten abzustimmen, aber auch um die Wirksamkeit von Angeboten zu überprüfen. Häufig ist »

## Zentrale Ansprechperson nach innen und außen

## Aufbau kommunaler Bildungskoordination

## Akteure zusammenbringen

## Herstellung von Transparenz

## Relevante Daten zusammenführen



### Gesamtstrategie entwickeln

die Datenlage über diese Personengruppe lückenhaft und kann im Zuge der kommunalen Koordinierung verbessert werden. Dabei ist ein erster Schritt, vorhandene Daten im Rahmen eines Bildungsmonitorings zusammenzuführen und zu bündeln. Hiervon profitiert der gesamte kommunale Bildungssektor, da sich Angebote auf einer soliden Datengrundlage besser planen lassen und Fakten sichtbar werden.

Die Koordinationsarbeit schafft im Idealfall eine Kultur der Zusammenarbeit, die auch anderen Bereichen in der Kommune zugutekommt. Die Verzahnung von Zuständigkeiten, wie zum Beispiel beim Übergang von der Schule in das Ausbildungssystem, führt dazu, dass nicht nur Bildung im eigenen Zuständigkeitsbereich, sondern die Bildungskette insgesamt stärker betrachtet wird. Wo noch nicht vorhanden, kann die Koordinationsarbeit im weiteren Verlauf in eine Gesamtstrategie entlang der Bildungskette überführt werden. So können auch kommende Herausforderungen besser aufgefangen werden.

Es gibt viele Kommunen, die bereits auf einer guten Bildungsstruktur und einem vorhandenen Bildungsmanagement aufbauen können. Hier fällt die Integration von Neuzugewanderten leichter, auch wenn beachtet werden muss, dass aufgestellte Qualitätsstandards durch die Menge nicht verwässert werden. Ein vorhandenes Bildungsbüro kann als Koordinierungsstelle die Zielgruppe Neuzugewanderte in bereits bestehende Strukturen aufnehmen – so zum Beispiel in der Bildungsregion Ravensburg. Dort stellen Flüchtlinge für das Jahr 2016 einen Schwerpunkt in den vorhandenen Arbeitskreisen, Steuerungsgruppen und im Bildungsbericht dar. Andere Kommunen stehen noch am Anfang und nähern sich dem Feld Bildungsmanagement und Bildungskoordination nun über die wachsende Bedeutung des Themas für die Integration von Neuzugewanderten.

### Chancen für die Bildungslandschaft vor Ort

Für viele Kommunen in ländlich geprägten Räumen, die vor Herausforderungen infolge des demographischen Wandels stehen, bietet sich langfristig die Chance, neue Bürgerinnen und Fachkräfte zu gewinnen. Um einer späteren Abwanderung in die Ballungsräume entgegenzuwirken, muss den Neuzugewanderten jedoch eine Perspektive zur Integration in Bildung und Arbeit in der Region aufgezeigt und möglich gemacht werden. Kommunen können mit dem BMBF-Programm Bildungskoordination für Neuzugewanderte die Chance nutzen, durch kommunale Bildungskoordination die strukturierte und zielgerichtete Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren zu stärken und somit auch die Qualität der Bildungslandschaft in der Kommune für alle Bürger zu optimieren. «

Autorin: Greta Wieskotten – Kommunale Beratung, Transferagentur RLP-SL

## Neukonzeption der Beschulung von neuzugewanderten Kindern und Jugendlichen in der Stadt Münster



**„Sie sind erst vor kurzem in Münster angekommen. Ihre Kinder werden jetzt in Münster zur Schule gehen, in einem Schulsystem, das anders ist als in Ihrem Heimatland. Wir wollen Ihnen die Orientierung erleichtern und Sie dabei unterstützen, die richtige Schule für Ihr Kind zu finden. (...) Ihr Kind besucht in Münster unabhängig von seinen Deutschkenntnissen direkt eine Schule, die seinem Lernstand und seinen individuellen Begabungen entspricht. Jedes Kind soll seine Schullaufbahn erfolgreich fortsetzen und einen guten Schulabschluss erreichen können.“**

So lautet ein Auszug aus dem Brief an Eltern, die mit ihren Kindern nach Deutschland geflohen oder zugewandert und in Münster angekommen sind. Das Schreiben, das in mehrere Sprachen übersetzt wurde, ist Teil eines „Willkommenspakets“ des Amtes für Schule und Weiterbildung der Stadt Münster. Es enthält außerdem Broschüren und mehrsprachige Informationen über das Kita- und Schulsystem, Sprachkurse und die Beratung zur Schulwahl. Erziehungsbererechtigte und (unbegleitete) Jugendliche bekommen diese Informationen in der städtischen Erstaufnahmeeinrichtung oder einer anderen Stelle, bei der sie sich in der Stadt zuerst melden.

Dass die neuzugewanderten Schülerinnen und Schüler in einer zentralen Anlauf-, Beratungs- und Clearingstelle des Amtes für Schule und Weiterbildung eine individuelle Beratung zur Schulwahl und Schullaufbahn erhalten, dass sie eine Schule besuchen, die ihrem Lernstand (und nicht ihren Deutschkenntnissen) entspricht, dass sie zusätzliche Sprachangebote bekommen und eine sozialpädagogische Begleitung, wenn sie beim Ankommen mehr Hilfe brauchen – das alles sind Bausteine der Neukonzeption der Beschulung von neuzugewanderten Kindern und Jugendlichen in der Stadt Münster, die 2014 politisch auf den Weg gebracht wurde.

Die Prinzipien dieser Neukonzeption sind aus bildungspolitischer und pädagogischer Perspektive eine potenzialorientierte, bedarfsgerechte und zeitnahe Beschulung der zugewanderten Kinder und Jugendlichen (siehe 1.). In struktureller und organisatorischer Hinsicht basiert sie auf einem Bildungsmanagement, in dem Kooperationen und Vernetzung tragende Säulen sind (siehe 2.).



Damit die Neukonzeption in der Praxis funktioniert, erfordert sie vor allem ein aktives Netzwerkmanagement und Flexibilität in der Anpassung an sich stetig verändernde Bedarfe (siehe 3.).

### 1. Potenzialorientiert, bedarfsgerecht und zeitnah: Bausteine der Neukonzeption der Beschulung von neuzugewanderten Kindern und Jugendlichen in der Stadt Münster

Die Neukonzeption ist ein System ineinandergreifender Einrichtungen und Maßnahmen. Kernelemente sind:

#### *Anlauf-, Beratungs- und Clearingstelle/ Bildungsberatung im Amt für Schule und Weiterbildung:*

Die Anlauf-, Beratungs- und Clearingstelle übernimmt als Bildungsberatung die zentrale Steuerung des Zugangs von geflüchteten und weiteren neuzugewanderten Kindern und Jugendlichen zum Schulsystem. Möglichst zeitnah nach der Ankunft findet eine individuelle Erst- und Orientierungsberatung zur Schulwahl und Schullaufbahn statt. In diesem Rahmen wird von BildungsberaterInnen der Lernstand eingeschätzt und eine Schul-

form empfohlen. Falls notwendig, findet zur Schärfung dieser Prognose eine Zweitberatung durch von der Bezirksregierung abgeordnete Lehrkräfte statt. Die Bildungsberatung unterstützt auch beim Kontakt zur Schule. Bei Bedarf wird für eine Übersetzung gesorgt. Um für geflüchtete Menschen auf kurzem Weg erreichbar zu sein, hat die Bildungsberatung eine Außenstelle der Anlauf-, Beratungs- und Clearingstelle in der städtischen Erstaufnahmeeinrichtung.

Das Beratungsangebot ist freiwillig. Die Eltern bzw. Personensorgeberechtigten entscheiden, ob sie der Schulempfehlung folgen, die Schulleitung entscheidet über die endgültige Aufnahme. Mit der zentralen Anlaufstelle wird angestrebt, Bildungszugänge und -übergänge so transparent zu gestalten, dass eine gute Integration in das Schulsystem gelingt.

#### *Wohnortnahe Beschulung in Grundschulen*

Alle Grundschulen nehmen zugewanderte SchülerInnen in ihre bestehenden Klassen auf. Eine zusätzliche Sprachförderung für Deutsch als Zweitsprache in kleinen Gruppen findet je nach Bedarf

parallel in der Schule statt. Die Grundschulen können, wie auch weiterführenden Schulen, ein breites Angebot an unterstützenden Maßnahmen (s.u.) erhalten.

#### *Dezentrale und potenzialorientierte Beschulung in weiterführenden Regelschulen*

An allen weiterführenden Schulformen gibt es Referenzschulen, die sich mit unterschiedlichen Konzepten für die Aufnahme von zugewanderten SchülerInnen öffnen. Das Land stattet die Referenzschulen pro 25 SchülerInnen mit einer 1,00 Lehrerstelle aus. Je nach Bedarf werden hier internationale Vorbereitungsklassen eingerichtet oder der zusätzliche Deutschunterricht findet ergänzend zum regulären Unterricht statt.

#### *Additive Sprachförderung*

Mit der Sprachförderung wird bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung im Rahmen von „MitSprache-Kursen“ des Amtes für Schule und Weiterbildung begonnen. So lange die Kinder und Jugendlichen noch in der Erstaufnahmeeinrichtung leben und noch nicht an der Schule angemeldet sind, können sie dort einwöchige

Deutsch-Intensiv-Kurse besuchen, die getrennt nach Altersgruppen stattfinden. Für alle zugewanderten Kinder und Jugendlichen finden diese Kurse auch in den Ferien statt. Diese Vorbereitung erleichtert ihnen den Start in den Schulen. Bei der Übersetzung und Vermittlung im (Schul-)Alltag helfen u.a. „Sprach- und KulturmittlerInnen“ und in rechtlich bindenden Fragen DolmetscherInnen. Neben dem Amt für Schule und Weiterbildung machen auch das Kommunale Integrationszentrum und der Integrationsrat entsprechende Angebote.

Zusätzliche Sprachangebote wie der „Club D“ der Volkshochschule, ein wöchentlich stattfindendes Angebot am Nachmittag, herkunftssprachlicher Unterricht oder Deutsch-Ferienkurse verschiedener Anbieter unterstützen Spracherwerb und -kompetenz. Die entsprechenden Informationen werden über die Bildungsberatung, die Fallscouts und die Schulleitungen weitergegeben.

#### *Sozialpädagogische Begleitung durch Fallscouts*

Für Grundschulen und weiterführende Schulen sind mobile SozialpädagogInnen als Fallscouts im Einsatz. In Kenntnis vorhandener Förder- und Hilfsangebote von Gesundheitsamt, Kommunalem Sozialen Dienst, Kultureinrichtungen, Sozialamt, Schulpsychologie und anderen sorgen sie für ein ressort- und ämterübergreifendes verlässliches und flexibles Angebots- und Unterstützungsnetzwerk für neuzugewanderte SchülerInnen, ihre Familien und die Schulen. Sie entlasten und unterstützen damit die Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte an Schulen ebenso wie die Schulsozialarbeit.

Für die Arbeit der Fallscouts hat das Amt für Schule und Weiterbildung eine enge

Kooperation mit einem freien Träger der Jugendhilfe vereinbart.

#### *Weiterbildung und Qualifizierung*

Das Amt für Schule und Weiterbildung unterstützt anfragende Schulen bei der Planung und Durchführung passgenauer schulinterner Informationsveranstaltungen und greift dazu auf vorhandene kommunale Dienst- und Unterstützungsleistungen sowie auf erfahrene Referentinnen und Referenten zurück. Neben konkreten Angeboten für die Referenzschulen gibt es offene Fortbildungsreihen für das nicht-lehrende pädagogische Personal an Schulen und regelmäßige Fachtage, die Weiterbildung und Austausch zum Thema Migration und Schule fördern. Kooperationspartner ist hier auch das Kommunale Integrationszentrum, das gezielt Bildungseinrichtungen berät und migrationspädagogische Qualifizierungen durchführt.

Mit der Neukonzeption ist damit in Münster eine Basis geschaffen, die angesichts der neuen Migration nicht nur die räumliche Infrastruktur im Blick hat, sondern vor allem den Fokus auf eine kontinuierliche pädagogische Qualität und individuelle Unterstützung auf dem Bildungsweg legt.

### 2. Kompetenzen und Kräfte bündeln: Vernetzung und Kooperation

Die aktuelle Struktur in Münster ist das Ergebnis eines Prozesses, der vor Jahren angestoßen und von Politik und Verwaltung gemeinsam vorangetrieben wurde. Im April 2014 beauftragte der Rat der Stadt Münster einstimmig die Verwaltung mit der Entwicklung einer Neukonzeption zur Beschulung neuzugewandelter Kinder und Jugendlicher.

Reagiert wurde damit auf aktuelle Pro-

gnosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, aber auch auf bereits 2014 steigende Zuwanderungszahlen in Münster. Zugleich zeigte sich seit Jahren auch in Münster das grundsätzliche Problem der Koppelung von Herkunft und Schulerfolg.

Das Ziel der Neukonzeption war es daher, diese Entwicklung aufzuhalten und umzusteuern. An diesem Prozess waren und sind viele Akteurinnen und Akteure beteiligt, die von Beginn an auf Vernetzung, Kooperation und den Austausch von Kompetenzen gesetzt haben. Mit dem Auftrag zur Entwicklung einer Neukonzeption wurde ein entsprechender Arbeitskreis eingerichtet. Besetzt wurde dieser mit Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung (Amt für Schule und Weiterbildung, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Kommunales Integrationszentrum, Sozialamt/Sozialdienst für Flüchtlinge), der Schulformen, der unteren und oberen Schulaufsicht, der Ratsfraktionen, des Integrationsrates. Beratend konnte dieser Arbeitskreis Wissenschaftler sowie Vertreterinnen freier Träger und anderer Kommunen zu bestimmten Sachgebieten hinzuziehen. In drei großen Workshops wurden hier 2014 die Leitlinien der Neukonzeption entwickelt, sie wurden im Verwaltungsvorstand diskutiert und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt. Im Oktober 2014 wurde die Neukonzeption vom Rat der Stadt Münster einstimmig beschlossen. Im Dezember 2015 stimmte der Rat dem Ausbau und der Weiterentwicklung der kommunalen Konzeption zu. Weiterhin arbeiten Schulaufsicht, Schulträger und integrationsrelevante Ämter und Einrichtungen in der Umsetzung eng zusammen. Der Arbeitskreis soll auch in Zukunft die Entwicklung begleiten. »



### 3. Ressourcen erschließen und Kräfte bündeln: Flexibilität im Netzwerkmanagement

Rund ein Drittel der geflüchteten Menschen, die nach Münster kommen, sind schulpflichtige Kinder und Jugendliche. 2015 sind etwa 1.200 Kinder und Jugendliche ohne deutsche Sprachkenntnisse neu an den Schulen in Münster aufgenommen worden. Monatlich wurden im vergangenen Jahr etwa 120 SchülerInnen von der Anlauf-, Beratungs- und Clearingstelle beraten. Mehr als ein Drittel von ihnen besucht die Grundschule.

stärker zu vernetzen und für einen besseren Wissenstransfer zu sorgen. Das bedeutet z.B., dass diejenigen, die vor Ort mit geflüchteten Menschen arbeiten, das Schulsystem und seine Möglichkeiten gut kennen. Das bedeutet aber auch, dass die Schulen wissen, wo es im Sozialraum weitergehende Unterstützung gibt. Als entscheidender Maßstab für eine hohe Bildungsqualität wird nicht in erster Linie die Zahl der Angebote zur Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen betrachtet, sondern deren Verzahnung und ihr individueller

Angebote unterschiedlichster Akteure und Organisationen.

Die Qualität eines Bildungssystems beweist sich in seiner Fähigkeit, Zugewanderten gleiche Bildungschancen zu ermöglichen und die Bildungsteilhabe und -chancen von der Herkunft zu entkoppeln. Die Aufgabe wird schwieriger, je größer die Zahl derer ist, die als ‚SeiteneinsteigerInnen‘ ihren Platz an den Schulen finden sollen.

Die Zahl der Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten fliehen, steigt auch in Münster. Neben der menschenwürdigen Unterbringung ist es eine wichtige und anspruchsvolle Aufgabe, den Kindern und Jugendlichen eine gelingende schulische Integration zu ermöglichen. Unter Zeitdruck und mit knappen Ressourcen geeignete Beratungs- und Unterstützungsleistungen bereitzustellen, ist eine enorme Herausforderung für alle, die diese Arbeit tun. Je stabiler und verbindlicher das gesamte Netzwerk ist, das diesen Prozess trägt, umso stärker wird es auch neue Herausforderungen auffangen und tragen können. «

**Autoren:** Klaus Ehling – Leiter des Amtes für Schule und Weiterbildung, Stadt Münster und Aud Riegel – Leiterin der Abteilung Bildungsmanagement, Bildungsberatung und Schulsozialarbeit im Amt für Schule und Weiterbildung, Stadt Münster

Der Artikel erschien erstmals in: Magdalena Bienek und Bettina Suthues (Hrsg.), Kommunales Bildungsmanagement und gemeinsame Planung: Ressortübergreifende Zusammenarbeit und staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft, Institut für Soziale Arbeit e.V., 2016.

#### Beispiele für eine enge ämter- und ressortübergreifende Zusammenarbeit sind:

- Alle zwei Wochen gibt es ein Treffen der Verantwortlichen der Schulaufsicht und Schulträger für den Grundschulbereich. Hier wird zum Beispiel geklärt, wie viele Plätze aktuell wo zur Verfügung stehen.
- Regelmäßig werden Treffen zwischen Schulträger und Schulaufsicht vereinbart, um die Kapazitäten an den Referenzschulen bzw. die Schaffung weiterer zu prüfen.
- Ausdruck einer amtsübergreifenden Zusammenarbeit ist der Leitfaden „Ankommen Mitkommen Weiterkommen“, der alle Anlaufstellen und Informationsangebote in der Stadt Münster für zugewanderte Familien und Kinder zusammenfasst. Er wird allen Schulen zur Verfügung gestellt.
- Der Flyer „Gute Bildung von Anfang an“, ein Wegweiser für neu zugezogene Familien, ist in enger Zusammenarbeit des Amtes für Schule und Weiterbildung und des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien entstanden.
- Die Sprach- und KulturmittlerInnen, deren Einsatz über das Amt für Schule und Weiterbildung koordiniert wird, wurden in der Bildungsstätte Haus der Familie in Zusammenarbeit mit dem Amt ausgebildet.

Zum 1. Februar 2016 konnte im Amt für Schule und Weiterbildung eine Integrationsstelle besetzt werden, deren zentrale Aufgabe es ist, die vielen Einrichtungen, die mit geflüchteten und zugewanderten Kindern und Jugendlichen arbeiten,

und bedarfsgerechter Einsatz. Auch in Münster mit einer vielfältigen Schullandschaft, zahlreichen (außer)schulischen und (über)lokalen Angeboten zur Unterstützung von Schulen und neuzugewanderten Familien existieren zahlreiche

## INITIATIVE Bildungsrecht für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung: JETZT!

Im Januar 2015 hat die Freudenberg Stiftung zusammen mit dem Kinderrechtsexperten Prof. Lothar Krappmann<sup>1</sup> ein Netzwerk<sup>2</sup> gegründet. Ziel der INITIATIVE ist, dem Recht auf Bildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche, wie es in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieft ist, politische Geltung und praktische Wirksamkeit zu verleihen. Deshalb engagiert sich die INITIATIVE dafür, dass

- in der öffentlichen Debatte das Recht auf Bildung politische Aufmerksamkeit erhält
- bei der Architektur von Unterstützungssystemen das Bildungsrecht für geflüchtete Kinder und Jugendliche Priorität hat
- ein integriertes Bund-Länder-Programm zur Qualifizierung bestehender Bildungsangebote entsteht
- der Fokus auf der Handlungsfähigkeit und Ressourcenausstattung der lokalen Ebene liegt
- induktiv Qualitätskriterien für das eigene Handeln im Sinne einer Selbstverpflichtung zur Umsetzung des Bildungsrechts entwickelt werden.

#### Was ist bisher geschehen?

Begonnen haben wir mit einer Umfrage nach Bedarfen und Handlungsansätzen in Schulen, pädagogischen Werkstätten, Partnerkommunen und Erstaufnahmeeinrichtungen. Die Ergebnisse sind in eine im September 2015 veröffentlichte Expertise<sup>3</sup> eingeflossen. Sie schildert den spezifischen Bildungsbedarf von geflüchteten Kindern und Jugendlichen, wegweisende Praxis sowie Gütekriterien für die qualifizierte Umsetzung und gibt Handlungsempfehlungen.

Die Freudenberg Stiftung hat darauf aufbauend das Pilotprogramm „Bildungsrecht für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung: JETZT!“ gestartet. An inzwischen 17 Standorten werden bundesweit unsere langjährigen Partnerinnen und Partner finanziell und mit fachlicher Begleitung unterstützt, mit dem Ziel dem unaufschiebbaren Bildungsbedarf der mit oder ohne ihre Familien geflohenen Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden.

Dazu gehören eine Eltern-Kind-Gruppe zur Kitavorbereitung in Bernsdorf und die Entwicklung eines Starterpakets für neu ankommende Kinder in Neubrandenburg. Oder Bildungslotsen in Grund- und Berufsschulen, die die Lehrkräfte der Vorbereitungsklassen in Weinheim bei der individuellen Bildungsförderung begleiten. Der Ausbildungsverbund in Mannheim ermöglicht jungen Geflüchteten den Zugang zu Betrieben. In Bremen unterstützen Lehramtsstudierende unbegleitete Minderjährige beim Erwerb von Schuldeutsch und dem Verständnis von Lehrmaterial.

Mit den Mikroprojekten tragen wir dazu bei, dass die Aufnahme und Integration von geflüchteten Kindern in Bildung, Gemeinschaft und Gesellschaft gelingen kann. Unsere Projekte haben schnell und reflektiert auf Bedarfe vor Ort reagiert. Die Einbindung in unsere langfristigen Ansätze – wie das auf zehn Jahre angelegte Stiftungsprogramm Ein Quadratkilometer Bildung – ist Chance dafür, dass nachhaltig Bildungszugänge für geflohene Minderjährige geschaffen werden und sich Bildungsinstitutionen für die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen qualifizieren. Hohe Chancen auf Wirksamkeit sehen wir besonders dort, wo es eine überzeugende kommunale Koordinierung mit Blick auf ein inklusives lokales Bildungssystem gibt. Das trifft u.a. auf die Pilotprojekte im Rahmen von „Fit fürs Leben“ in Hoyerswerda oder der Weinheimer Bildungskette zu. Alle Kinder und Jugendlichen, ob mit oder ohne Fluchterfahrung, stehen hier im Mittelpunkt einer kommunalen Gesamtstrategie, die langfristig angelegt ist. Kinder und Jugendliche werden an den Übergängen von der Kita in Grundschule, von der Grundschule in die weiterführende Schule und die Ausbildung biografiebegleitend unterstützt. So hat die Weinheimer Bildungskette u.a. zum Ziel, Sprachkompetenzen zu fördern und Familien von Beginn an aktiv zu beteiligen. In den Programmen „Griffbereit“<sup>4</sup> und „Rucksack“<sup>5</sup> werden vom Kleinkindalter bis zum Ende der Grundschulzeit der Erwerb der deutschen Sprache, die Familiensprache und die allgemeinen kindlichen Entwicklungen gefördert. Mütter und

<sup>1</sup> Soziologe und Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin im Bereich Soziologie der Bildung. Von 2003 bis 2011 war er Mitglied des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes. Er ist Gastwissenschaftler am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin.

<sup>2</sup> Bestehend aus: Bundesfachverband unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, National Coalition für die Kinderrechte, Amadeu Antonio Stiftung, Regionales Arbeitsstellen für Bildung, Integration, Demokratie, Forschungsgruppe Modellprojekte und Weinheimer Initiative.

<sup>3</sup> Berthold, Thomas et al.: INITIATIVE Bildungsrecht für Kinder mit Fluchterfahrung: Jetzt! Freudenberg Stiftung informiert, September 2015. Online unter: [http://www.freudenbergstiftung.de/files/bildungsrecht\\_f\\_r\\_kinder\\_mit\\_fluchterfahrung\\_jetzt.pdf](http://www.freudenbergstiftung.de/files/bildungsrecht_f_r_kinder_mit_fluchterfahrung_jetzt.pdf)



SchülerInnen mit Fluchterfahrung aus Weinheim werden von einer Bildungslotsin begleitet.  
(Foto: Integration Central)

Und eine ermutigende Schule, die darauf setzt, dass Kinder miteinander und voneinander Sprachen und Überlebenskünste lernen und aus der heraus nicht abgeschoben werden kann. Wir lernen vor allem mit und in der Weinheimer Initiative, wo die wünschenswerte Zukunft schon da ist oder wie sie gemeinsam geschaffen werden kann. «

Väter werden potenzialorientiert als ExpertenInnen für die Erstsprache eingebunden.

Auf Makroebene können wir helfen, das gesellschaftliche Klima für Integration, Bildung und Demokratie immer wieder aufs Neue herzustellen. Hier spielt die Entwicklung wirksamer Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtspopulismus und zur Verhinderung von Übergriffen eine zunehmend wichtige Rolle. Wir fördern z.B. die Aktion „Schutzschild“ bei der Amadeu Antonio Stiftung, damit lokale Verwaltung und Zivilgesellschaft Unterstützung bei der Schaffung einer belastbaren Willkommenskultur erhalten. Oder die CIVIS Medienstiftung, die filmisch erzählte Beispiele gelingender Integration und Konfliktbearbeitung auszeichnet. Und nicht zuletzt die Weinheimer Initiative als Stimme und Heimat bildungsaktiver Kommunen und ihrer Partnerinnen und Partner.

#### Was bleibt zu tun?

Mit allen zu ringen, dass wir das schaffen: Wir im Sinne einer emanzipierten, vielfältigen und zukunftsorientierten Gesellschaft, in der alle ohne Angst verschieden sein können. Und das gemeint als eine Mischung aus Pragmatismus und unabdingbarer Menschenrechtsorientierung hin zu einer gesellschaftlichen Veränderung, die allen schon länger hier Lebenden und den aus Krieg und existenzieller Armut hierher Flüchtenden ermöglicht, einen produktiven Beitrag zu leisten. Dazu brauchen wir eine sich selbst überholende Bürokratie, die verlässliche Rahmenbedingungen dafür schafft, dass auch alle Kinder und Jugendlichen ihre Kompetenzen angstfrei entfalten können.

**Die Freudenberg Stiftung**  
Die Freudenberg Stiftung erprobt mit ihren Praxispartnern in lokalen Modellstandorten Handlungsansätze im Feld der Migration/Integration, Jugend zwischen Schule und Beruf sowie der demokratischen Kultur und investiert in die Verstärkung und Verbreitung übertragbarer Ansätze. Im Mittelpunkt der Praxisvorhaben stehen überwiegend Kinder und Jugendliche. Alle Vorhaben zielen generell auf deren soziale Inklusion oder Integration.

**Die Weinheimer Initiative**  
Die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative ist ein Zusammenschluss von über 20 Städten und Landkreisen und zahlreichen weiteren Akteuren. Sie steht für Konzept und Praxis kommunaler Koordinierung bei der Gestaltung der Übergänge Schule – Arbeitswelt „vor Ort“. Die Arbeitsgemeinschaft sieht für sich zwei zentrale, miteinander eng verbundene Aufgaben: sich „anwaltschaftlich“ für die Anerkennung von kommunaler Koordinierung und gute und förderliche Rahmenbedingungen einzusetzen, und die fortlaufende Verbesserung der lokalen Praxis zu unterstützen. Die Weinheimer Initiative versteht sich als Bündnis bildungs- und integrationspolitisch aktiver Kommunen und ist offen für neue Mitglieder.  
<http://www.kommunale-koordinierung.de/arbeitsgemeinschaft/die-arbeitsgemeinschaft/mitglied-werden/>

Autoren: Dr. Pia Gerber und Lea Hoffmann – Freudenberg Stiftung

FREUDENBERG  
STIFTUNG



## Interview mit Jörg Freese Deutscher Landkreistag

Jörg Freese ist seit 2008 Beigeordneter im Deutschen Landkreistag im Bereich Jugend, Schule, Kultur und Gesundheit. Wir wollten im Interview von ihm erfahren, was aus seiner Sicht zurzeit die größten Herausforderungen für Landkreise sind, welche Rolle er dabei für das kommunale Bildungsmanagement sieht und welche Besonderheiten man gerade in ländlichen Gebieten bedenken muss.

**In den letzten Jahren haben sich immer mehr Kommunen Gestaltungsräume im Bildungsbereich erarbeitet. Wie sind diese Entwicklungen zu bewerten und was muss weiter getan werden?**

Je mehr Kommunen sich im Bereich der Bildungsgestaltung im Gemeinwesen engagieren, desto besser – also ist das insgesamt eine sehr erfreuliche Entwicklung. In der Zukunft sollten wir Wert darauf legen, dass sich noch mehr Kommunen Spielräume erarbeiten und diese erweitern. Ein wichtiges Feld ist natürlich die Gesetzgebung. Insbesondere die Länder sind aufgerufen nachzuziehen und den Kommunen mehr Verantwortung im Bildungswesen zu übertragen oder ein stärkeres Engagement im Bildungsbe- reich zumindest zu ermöglichen.

**Wo sehen sie besonderen Handlungsbedarf, um aktuelle Herausforderungen im Bildungsbereich in den Kommunen anzugehen?**

Es wird Sie nicht verwundern, dass die Flüchtlingssituation auf kommunaler

Ebene auch im Bildungsbereich besonderen Handlungsbedarf erzeugt hat. Wir haben große Herausforderungen zu bewältigen und auch Erwartungen an die Organisation, Durchführung und an den Erfolg von Bildung im Rahmen der Integration. Uns erwartet – und das ist nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ zu sehen – eine neue Herausforderung für alle Kommunen, unabhängig von ihrem Engagement in diesen Fragen. Daneben ist für den Deutschen Landkreistag als Vertreter der eher ländlich und kleinstädtisch geprägten Räume natürlich zu berücksichtigen, dass gerade strukturschwache ländliche Räume erhebliche Schwierigkeiten haben, ortsnahe Bildungseinrichtungen und -angebote zu erhalten. Kita und Schule sind da nur Beispiele. Das gilt genauso gut auch für Volkshochschulangebote oder Musikschulangebote und Ähnliches. Es gibt also völlig unabhängig von der aktuellen Flüchtlingsthematik die große Herausforderung, Angebote in strukturschwächeren ländlichen Räumen aufrecht zu erhalten, um die Bevölkerung dort angemessen versorgen zu können.



Jörg Freese (Foto: dbv/J.F. Müller)

**Welche Rolle sehen Sie da für das kommunale Bildungsmanagement?**

Die Kommunen können und müssen nicht immer alle Ideen selbst haben, aber sie müssen die Rahmenbedingungen bieten, dass kommunale Entscheidungs- und Verantwortungsträger oder auch Entscheidungsträger aus ganz anderen Bereichen des Bildungswesens, wie die freien Träger, ihre Ideen einbringen können. Ich gehe mal davon aus, dass eine Vernetzung nicht nur erfolgt, damit man sich ab und zu mal trifft und miteinander redet. In Gesprächen über die Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft müssen Ideen generiert werden, wie man Angebote auch bei gegebenenfalls zurückgehenden Nutzerzahlen erhalten kann und wie man sie erreichbar machen kann. Es ist eine ganz wichtige Aufgabe eines kommunalen Bildungsmanagements, diesen Boden zu bereiten. »

**Im Rahmen des BMBF-Programms „Lernen vor Ort“ konnten 40 Kommunen von einer umfangreichen Förderung des Bundes profitieren, mit dem Ziel der Entwicklung und Verstärkung eines kohärenten lokalen Bildungsmanagements. Was ist nach dem Auslaufen der Förderung davon übriggeblieben?**

Man kann davon ausgehen, dass nicht alles, was der Bund für den Aufbau finanziert und gefördert hat, für den dauerhaften Erhalt zwingend erforderlich ist. Daher muss ein gewisser personeller und finanzieller Abbau nicht unbedingt dramatisch sein. Ich weiß jedoch, dass es erhebliche und meistens auch erfolgreiche Bemühungen gab, kommunale Strukturen, die man als sinnvoll erachtet hat und dauerhaft braucht, sowohl in personeller als auch in organisatorischer und struktureller Hinsicht, zu erhalten.

**Wie sehen Sie denn die Rolle der Transferagenturen in diesem Zusammenhang?**

Meine Erfahrung nach dem ersten Jahr der Transferagenturen ist, dass es sehr viel zu transferieren gibt. Die Erfahrungen und Erkenntnisse, die 40 Kreise und Städte in Deutschland gesammelt haben, in geeigneter Weise auf wirklich viele andere Kommunen mit anderen Erwartungen und Strukturen zu übertragen, das ist keine leichte Aufgabenstellung und ich bin sehr gespannt, ob und wie es gelingt.

**Wie können denn Kommunen Rahmenbedingungen vor Ort schaffen, um die Bereitschaft zur Kooperati-**



**on bei den verschiedenen Akteuren zu wecken – sowohl innerhalb der Verwaltung als auch mit freien Trägern?**

Ich gehe davon aus, dass Kommunen dazu Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner benennen müssen, die auch zur Verfügung stehen, um Vernetzungsstrukturen anzubieten. Das ist einfach eine Grundvoraussetzung. Im Ehrenamt, also im Rat der Stadt oder im

Kreistag müssen entsprechende Strukturen ebenfalls abgebildet und gelebt werden, um deutlich zu machen, dass das nicht nur ein Spielkind der Verwaltung ist. Am besten sollte dies auch durch Beschlüsse des Rates oder Kreistages dokumentiert werden, um auch den politischen Willen deutlich zu machen. Es geht darum zu zeigen, dass man die Ideen, die in diesen Netzwerken entwickelt werden, kennen möchte und auch versuchen will sie umzusetzen.

**Welche Besonderheiten gilt es aus Ihrer Sicht beim Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements in ländlichen Gebieten zu beachten?**

Die erste Voraussetzung in den Landkreisen – erstmal unabhängig von ländlich, kleinstädtisch oder Ballungsraumrand – ist immer eine gelingende Zusammenarbeit mit selbstbewussten kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Diese haben eigene Aufgaben innerhalb des Bildungswesens und haben eigene gewählte Gremien. Hier ist eine gute und vertrauensvolle Kooperation unabdingbar. Wenn das nicht klappt, hat man als Landkreis ein großes Problem. Das hat mit Ländlichkeit noch gar nichts zu tun, sondern das ist einfach eine Besonderheit der Kreise, die in den kreisfreien Städten so nicht anzutreffen ist. Wenn wir an die ländlichen Strukturen mit dünnerer Besiedlung denken, dann sind dort nach meiner Erfahrung inhaltlich oft andere Lösungen erforderlich als in Ballungsräumen. Das ist erstmal überhaupt kein Problem, sondern einfach eine Herausforderung, eigene Ideen und eigene Vorstellungen zu entwickeln und auch umzusetzen. Zum Problem kann es dann werden, wenn zu der ländlichen Struktur auch noch ein gegebenfalls sogar massiver Bevölkerungsverlust hinzutritt. Da sind die Herausforderungen potenziert – zum Beispiel bei der Erhaltung von Bildungsstrukturen, damit Kommunen attraktiv bleiben. Wenn die Schulen immer weiter vom Wohnort entfernt sind, wie sollen dann noch junge Familien in der Kommune gehalten werden, von Zuzug ganz zu schweigen? Das sind klassische Besonderheiten, die wir dann auch bei dem Transfer von guten Ideen

innerhalb der Transferinitiative berücksichtigen müssen.

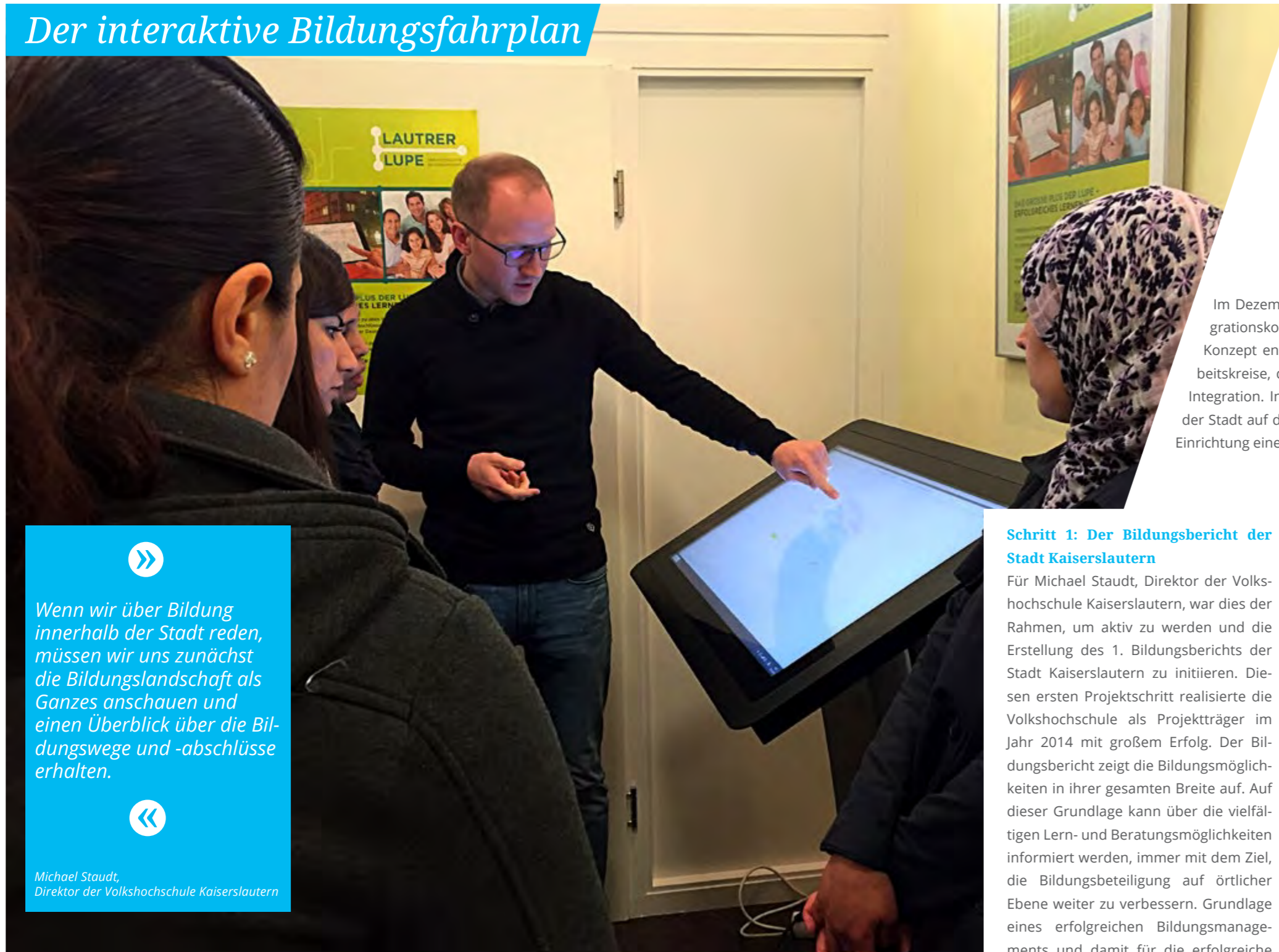
**Reaktionen auf den Zuzug von Migranten prägen in den letzten Monaten in vielen Kommunen das bildungspolitische Handeln. Welche Rolle spielt ein kommunales Bildungsmanagement in diesem Zusammenhang?**

Das ist jetzt die Stunde der Bewährung für kommunales Bildungsmanagement, jedenfalls in den Städten und Kreisen, in denen man erfolgreich Strukturen implementiert hat. Ich gehe davon aus, dass derjenige klar im Vorteil ist, der jetzt schon gute und arbeitsfähige Strukturen hat und vertrauensvolle Zusammenarbeit auch wirklich praktiziert. Ich will nicht behaupten, zu wissen, welche konkreten Schritte erforderlich sind. Es ist ja eine Grundüberzeugung, dass das bundesweit nicht einheitlich ist. Da muss

man schauen, welche Dienste und Angebote man hat und welche gegebenenfalls fehlen. Wie setzt sich zum Beispiel die Gruppe der zugewanderten Menschen zusammen? Wo kommen sie her? Welche Bedarfe haben sie? All diese Fragen müssen erstmal geklärt und dann auch mit den Strukturen abgeglichen werden. Insofern würde ich sagen: Tut das, was innerhalb der Bildungslandschaft eben Grundvoraussetzung ist – redet miteinander und handelt dann auch nach dem, was Ihr gemeinsam beschließt und was Ihr im Gemeinwesen für sinnvoll erachtet.



## Der interaktive Bildungsfahrplan



Wenn wir über Bildung innerhalb der Stadt reden, müssen wir uns zunächst die Bildungslandschaft als Ganzes anschauen und einen Überblick über die Bildungswege und -abschlüsse erhalten.



Michael Staudt,  
Direktor der Volkshochschule Kaiserslautern

### DIE LAUTRER LUPE

Im Dezember 2012 präsentierte Kaiserslauterns Oberbürgermeister Dr. Klaus Weichel das Integrationskonzept der Stadt einer breiten Öffentlichkeit. Dieses über eineinhalb Jahre entwickelte Konzept entstand durch das Zusammenwirken verschiedener Netzwerke, Lenkungsgruppen, Arbeitskreise, dem Zusammenspiel der Integrationsbeauftragten und dem Beirat für Migration und Integration. In diesem Konzept sind unter anderem verschiedene Maßnahmen thematisiert, die in der Stadt auf den Weg gebracht werden sollen. Im Handlungsfeld „Sprachförderung“ zählt hierzu die Einrichtung eines Info-Centers für Bildung und Sprache.

#### Schritt 1: Der Bildungsbericht der Stadt Kaiserslautern

Für Michael Staudt, Direktor der Volkshochschule Kaiserslautern, war dies der Rahmen, um aktiv zu werden und die Erstellung des 1. Bildungsberichts der Stadt Kaiserslautern zu initiieren. Diesen ersten Projektschritt realisierte die Volkshochschule als Projektträger im Jahr 2014 mit großem Erfolg. Der Bildungsbericht zeigt die Bildungsmöglichkeiten in ihrer gesamten Breite auf. Auf dieser Grundlage kann über die vielfältigen Lern- und Beratungsmöglichkeiten informiert werden, immer mit dem Ziel, die Bildungsbeteiligung auf örtlicher Ebene weiter zu verbessern. Grundlage eines erfolgreichen Bildungsmanagements und damit für die erfolgreiche

Beratung zu Bildungs- und Sprachangeboten ist die Kenntnis der vorhandenen Bildungsangebote, des Umfangs der Bildungsbeteiligung und letztlich auch eine Auswertung der Bildungserfolge. Der Vorteil dieses breiten Ansatzes liegt darin, dass die Ergebnisse des Projektes nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund helfen, sondern allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich über die Bildungslandschaft informieren wollen und gegebenenfalls eine Sprachberatung suchen.

Der Bildungsbericht umfasst alle Bildungsbereiche: von der frühkindlichen Betreuung und Sprachförderung in Kin-

dertagesstätten über die Schulen, die berufliche Bildung, die Hochschulen bis hin zur Weiterbildung Erwachsener. Der Bericht nimmt in allen Bereichen Möglichkeiten zum Deutschspracherwerb für Menschen mit Migrationshintergrund oder ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Blick. Bildung kann somit im Lebenslauf betrachtet werden und Kaiserslautern als internationale Stadt positioniert werden, die den Zuzug von Menschen als Chance und großes Potenzial versteht. Dieses Verständnis trägt dazu bei, den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Kaiserslautern zu sichern und international wettbewerbsfähig zu halten. Durch »



die engen Kontakte der Volkshochschule Kaiserslautern zu ihrem Pendant in Trier entstand der Wunsch, die dortige „Trierer Lupe“ – die ihrerseits ihr Vorbild in Freiburg hat – auch in Kaiserslautern zu implementieren. Insgesamt wurde die Arbeit durch die inhaltlichen Vorarbeiten in Freiburg und Trier erheblich erleichtert und ist somit ein erfolgreiches Beispiel für den gelungenen Transfer von Projektergebnissen auf eine andere Region.

### Schritt 2: Die Lautrer Lupe

Die zweite Projektphase führte bereits vorhandenes Wissen über die Kaiserslauterer Bildungslandschaft mit weiteren aufzubereitenden Informationen für alle an (Weiter-)Bildung Interessierten in der Lautrer Lupe zusammen. Durch die Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen und städtischen Stellen ist sichergestellt worden, aktuelle und passgenaue Informationen in der Lupe aufzubereiten. Dort werden nun alle Bildungswege und -übergänge des städtischen Bildungssystems als Gesamtübersicht in einer Art Netzfahrplan abgebildet.

Die Kaiserslauterer Lupe stellt das umfangreiche „Streckennetz“ der lokalen Bildungslandschaft übersichtlich dar, so dass Nutzerinnen und Nutzer einen umfassenden, niedrigschwelligen Einblick in vorhandene Angebote der Stadt erhalten. Die Bildungswege werden ähnlich einem Fahrplan öffentlicher Verkehrsmittel dargestellt. Was beim ÖPNV die Strecken sind, sind in der Lupe die Lernorte. Die Haltestellen entsprechen den Bildungsabschlüssen. Mit einem Klick auf eines der zahlreichen Lupensymbole erhält man weiterführende In-

formationen zum entsprechenden Lernort. Dieser zweite Projektschritt wurde im Frühjahr 2016 realisiert.

Zielgruppen sind in erster Linie Menschen (mit und ohne Migrationshintergrund) in bildungsbiografischen Übergängen. Die Volkshochschule hat daher verschiedene Aktivitäten unternommen, um die Lupe bei den diversen Nutzergruppen bekannt zu machen. Zu unterscheiden ist vor allem zwischen Endnutzern und Multiplikatoren. Daher sind unterschiedliche Wege im Marketing zu beschreiten, um das Instrument Lupe in der Stadt bestmöglich zu bewerben.

Zum einen wird aktiv der Kontakt zu Multiplikatoren gesucht. Hier zu erwähnen sind Beraterinnen und Berater, die im Bildungs- bzw. Beratungsbereich tätig sind. So fanden Treffen mit Vertretern der Arbeitsagentur statt, welche über Teamleitung und Vorgesetzten-

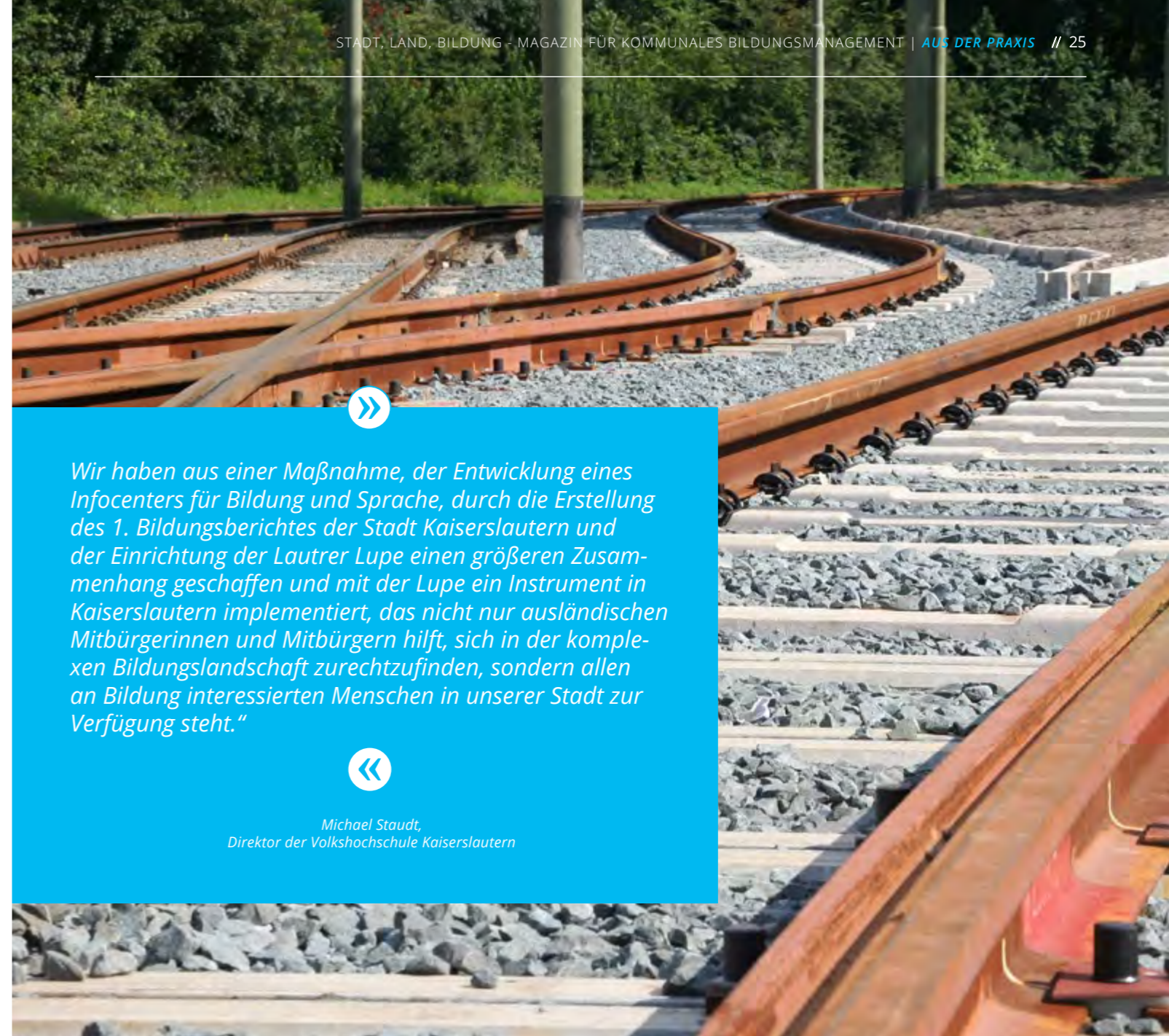
ebenen das Instrument in ihrer Einrichtung vorstellen.

Weitere Multiplikatoren sind beispielsweise im Schulbereich zu finden; vor allem die für Laufbahn- und Karriereberatung zuständigen Lehrerinnen und Lehrer sind interessante und interessierte Gesprächspartner. Für die Multiplikatoren hat die Volkshochschule einen Infolyer entwickelt, auf dem die wichtigsten Informationen über die Lupe anschaulich dargestellt werden (s. Foto links).

Neben dieser Zielgruppe ist das Erreichen möglichst breiter Bevölkerungsschichten oberstes Ziel. Durch den Entwurf eines weiteren Flyers, der ähnlich einem Zugfahrplan funktioniert, werden in insgesamt sechs Sprachen die wichtigsten Informationen für die Endnutzerinnen und Endnutzer kurz und bündig zusammengefasst. Die Rückseite dieses Flyers enthält ein großes Abbild des Bildungsfahrplanes, so dass dieser nicht nur virtuell im Internet, sondern auch in dieser Form betrachtet werden kann.

Zudem besteht für Interessierte die Möglichkeit, an einem großen Touchtable im Eingangsbereich der Volkshochschule die Lupe zu benutzen. Geschultes Personal steht für Rückfragen oder weitergehende Informationen zur Verfügung.

Des Weiteren sind in jedem Semester zwei Veranstaltungen geplant, die sich hinsichtlich der Zielgruppe unterscheiden. Eine Veranstaltung richtet sich an die Gruppe der Endnutzer, unser sogenannter „Thementag.“ Es ist geplant, im



Wir haben aus einer Maßnahme, der Entwicklung eines Infocenters für Bildung und Sprache, durch die Erstellung des 1. Bildungsberichtes der Stadt Kaiserslautern und der Einrichtung der Lautrer Lupe einen größeren Zusammenhang geschaffen und mit der Lupe ein Instrument in Kaiserslautern implementiert, das nicht nur ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern hilft, sich in der komplexen Bildungslandschaft zurechtzufinden, sondern allen an Bildung interessierten Menschen in unserer Stadt zur Verfügung steht.“

Michael Staudt,  
Direktor der Volkshochschule Kaiserslautern

Herbst 2016 einen Thementag „Migrantinnen und ihre Berufsaussichten“ zu veranstalten. Mit dem „Lupengespräch“ greifen wir hingegen jeweils einen Oberpunkt aus der Lupe heraus (z.B. den Punkt Erwachsenenbildung) und organisieren hierzu mit Partnern eine Veranstaltung, die sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im weitesten Sinne richtet.

### Schritt 3: Das Infocenter für Bildung und Sprache

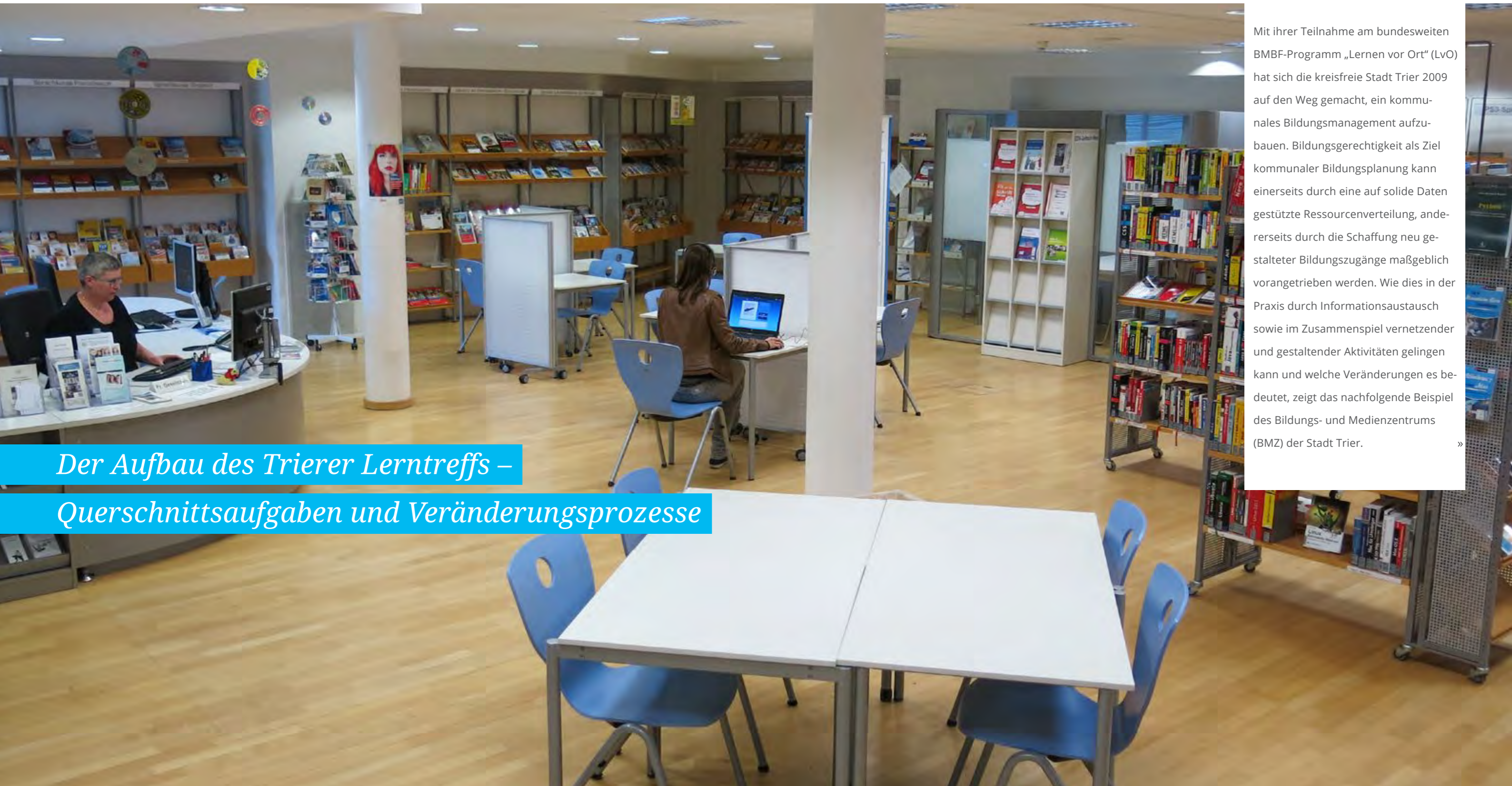
In einem dritten Projektschritt steht für das zweite Halbjahr 2016 nun die Implementierung des Infocenters für Bildung und Sprache an. Die Vorarbeit ist mit

der Fertigstellung von Bildungsbericht und Lautrer Lupe, die als Beratungs- und Informationsinstrument ein wichtiger Bestandteil dieses Centers sein wird, bereits abgeschlossen. Es gilt nun, verstärkt in den verschiedenen Institutionen der Stadt deutlich zu machen, dass dieses Infocenter nur durch die Beteiligung möglichst vieler Bildungsakteure mit Leben gefüllt und ein Erfolg werden kann.

Als Projektleiter kann ich eine deutlich positive Zwischenbilanz ziehen. Wir haben sowohl von der Transferagentur RLP-SL als auch von unseren Kolleginnen und Kollegen aus Freiburg viel

Unterstützung erfahren und ein Instrument eingerichtet, von dessen Nutzen wir überzeugt sind. Wir freuen uns auf die nächsten Umsetzungsschritte im Rahmen unseres Projektes! «

Autor: Dirk Lion – Projektleiter „Lautrer Lupe“ der Volkshochschule Kaiserslautern



## Der Aufbau des Trierer Lerntreffs – Querschnittsaufgaben und Veränderungsprozesse

Mit ihrer Teilnahme am bundesweiten BMBF-Programm „Lernen vor Ort“ (LvO) hat sich die kreisfreie Stadt Trier 2009 auf den Weg gemacht, ein kommunales Bildungsmanagement aufzubauen. Bildungsgerechtigkeit als Ziel kommunaler Bildungsplanung kann einerseits durch eine auf solide Daten gestützte Ressourcenverteilung, andererseits durch die Schaffung neu gestalteter Bildungszugänge maßgeblich vorangetrieben werden. Wie dies in der Praxis durch Informationsaustausch sowie im Zusammenspiel vernetzender und gestaltender Aktivitäten gelingen kann und welche Veränderungen es bedeutet, zeigt das nachfolgende Beispiel des Bildungs- und Medienzentrums (BMZ) der Stadt Trier. »

Die Stadt Trier hat 2008 die drei ehemals eigenständigen Kultur- und Bildungsinstitute Stadtbibliothek, Volkshochschule und Musikschule zusammengeführt. Die einzelnen Abteilungen verstehen sich seitdem nicht nur als räumliche Einheit, sondern stehen als „Bildungs- und Medienzentrum“ (BMZ) auch unter einer Gesamtleitung. Als vierte Abteilung kam 2014 die aus Lernen vor Ort hervorgegangene Stabsstelle „Kommunales Bildungsmanagement“ hinzu.

für den Bereich der Alphabetisierung und Grundbildung versteht. Autonomes, selbstgesteuertes Lernen mit vorwiegend digitalen Medien oder mit Unterstützung einer Lernbegleitung steht im Mittelpunkt dieses Angebotes. Insbesondere Teilnehmer aus den vhs-eigenen Grundbildungs- und Deutschkursen, Schüler, Arbeitslose, Migranten und ältere Menschen sollen von den dortigen kostenfreien Lernangeboten profitieren.<sup>1</sup> Die Umsetzung der Idee, Teile der Stadtbibliothek in einen Lerntreff nach

Unterstützung der beiden Bundesprojekte Lernen vor Ort (LVO) und Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener (APAG) in ein tragfähiges Konzept abteilungsübergreifender Zusammenarbeit<sup>3</sup> übersetzen. In einem nächsten Schritt konnte sodann ein Umbau der räumlichen Gegebenheiten<sup>4</sup> im Erdgeschoss der Stadtbibliothek Palais Walderdorff in Angriff genommen werden.



**vernetzen**

- Bildungsnetzwerke
- Bildungschancen erhöhen
- Mehrwert schaffen

Bereits ein Jahr vor der offiziellen Eröffnung im Mai 2014 wurde für die praktische Umsetzung ein Projektteam mit Vertretern aus Stadtbibliothek, Volkshochschule und den Mitarbeitern aus den beiden Bundesprojekten gebildet. Neben Workshops zur Raumgestaltung und Angebotserweiterung wurden ver-

schiedene von APAG organisierte Schulungen durchgeführt, die den Fokus auf eine differenzierte Zielgruppenansprache und deren spezifische Beratung legten. An dieser Stelle offenbarten sich vor allem bei den Bibliotheksmitarbeitern Fragen und diffuse Befürchtungen im Hinblick auf die neuen Anforderungen ihres Arbeitsalltages: Mit welchen Angeboten können die einzelnen Nutzergruppen gewonnen werden? Ist man auf die neue Aufgabe als Lernbegleitung fachlich und methodisch genügend vorbereitet? Wie soll man mit der zusätzlichen Arbeitsbelastung umgehen?

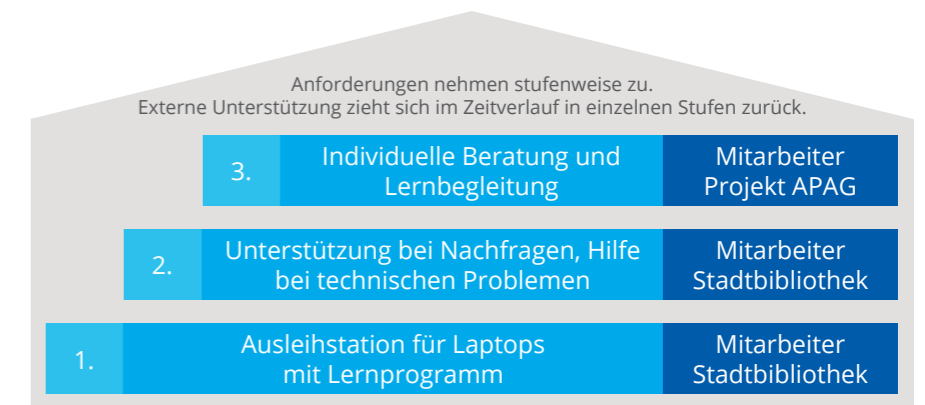
Darüber hinaus stellte der allseits geäußerte Wunsch einer besseren Verzahnung von Angeboten aus Volkshochschule und Bibliothek – wie die Präsentation passender Thementische in der Bibliothek zu Kursen und Veranstaltungen der Volkshochschule – ein weiteres Handlungsfeld dar.

An dieser Stelle zeigte sich die Notwendigkeit, das kommunale Bildungsmanagement in Verbindung mit der fachlichen Expertise und einer vor-Ort-Begleitung durch das Projekt APAG als Scharnier zu nutzen, um den unterschiedlichen Interessenlagen und Motivationen aller Beteiligten möglichst gerecht zu werden: So konnten Ängste abgebaut, aber auch Arbeitsbereiche übernommen werden, die von den Bibliotheksmitarbeitern zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgedeckt werden konnten.

Die Einführung und Etablierung des Lerntreffs stellt für die beteiligten Ämter eine Querschnittsaufgabe dar, die mit unterschiedlichen Zielvorstellungen und Anforderungen an die Akteure einhergeht. Für die Volkshochschule bspw. bietet das flexible Angebot des Lerntreffs zum einen eine flankierende Ergänzung

des eigenen Kursangebots, zum anderen können Personen im Lerntreff auf den Kursbesuch zunächst in einer Einzelbetreuung vorbereitet werden. Erhöhte Anforderungen und ein größerer Res-

pen wie funktionale Analphabeten und Personen mit Migrationshintergrund erreicht und für das Angebot interessiert werden. Eine neue Zielgruppe stellen seit Ende 2015 Geflüchtete dar, die im Lern-



(Abb. 1)

sourcenaufwand werden dagegen an die Stadtbibliothek gestellt. Die Veränderung tradierter Aufgabenfelder bringt einen zeitlichen Mehraufwand und die Notwendigkeit der fachlichen Weiterbildung mit sich. Ein Rollenwechsel vom Bibliothekar zum Lernbegleiter ist situativ erforderlich.

Querschnittsaufgaben und daran geknüpfte Anforderungen sind prinzipiell der Gefahr eines fragilen Verantwortungsbewusstseins ausgesetzt, da es sich hier eben nicht um amtsinterne Pflichtaufgaben mit klar umrissenen Zuständigkeiten handelt. Umso mehr gewinnt die strukturgebende Einheit eines Bildungsmanagements mit ihren steuernden, koordinierenden und vernetzenden Funktionen an Bedeutung.

Zieht man rund zwei Jahre nach der Eröffnung des Lerntreffs eine Bilanz, fällt diese überwiegend positiv aus. Durch eine direkte und indirekte Zielgruppenansprache konnten vor allem typische bildungsbenachteiligte Adressatengrup-

pen wie funktionale Analphabeten und Personen mit Migrationshintergrund erreicht und für das Angebot interessiert werden. Eine neue Zielgruppe stellen seit Ende 2015 Geflüchtete dar, die im Lern-

treff mit und ohne Lernbegleitung ihre Deutschkenntnisse verbessern möchten. Für diese Personengruppe stehen vor allem onlinegestützte Lernmaterialien wie bilinguale e-Videos, Tutorials und Lernplattformen in mehreren Sprachen (z.B. Arabisch, Hindi, Urdu) zur Verfügung. Besonders hervorzuheben ist die eigens für diese Zielgruppe entwickelte „Lerntreffkarte“. Mit dieser Karte sind Flüchtlinge, die noch über keinen festen Wohnsitz verfügen, berechtigt, ein eingeschränktes Bibliotheksangebot kostenfrei zu nutzen. Dies betrifft vor allem diejenigen Personen, die sich noch in der Erstaufnahmestelle oder einer anderen Art von Gemeinschaftsunterkunft befinden. Die eingangs geäußerten Ängste und Befürchtungen einzelner Bibliotheksmitarbeiter, den erweiterten Anforderungen nicht gerecht werden zu können, sind weitestgehend abgebaut. Nach und nach übernehmen sie Aufgabenanteile, die während der Anlaufphase des Lerntreffs zunächst im Verantwortungsbereich der »

**AUFGABENBEREICHE DER ABTEILUNG KOMMUNALES BILDUNGS-MANAGEMENT DER STADT TRIER**



**informieren**

- Bildungsmonitoring
- Bildungsberatung
- Bildungsveranstaltungen

In Anlehnung an die bildungspolitischen Leitlinien der Stadt zu Chancengleichheit und Teilhabe, ist mit dem „Trierer Lerntreff“ in der Stadtbibliothek Palais Walderdorff ein städtisches Selbstlern- und Beratungszentrum entstanden, der sich als zentraler Lernort für verschiedene Lernergruppen etablieren konnte und sich insbesondere als Anlaufstelle



**gestalten**

- Bildungskonzepte
- Produktentwicklung
- Strukturentwicklung

aktuellen Erkenntnissen aus dem Bibliotheks- und Informationsmanagement<sup>2</sup> umzuwandeln, war bei der Führung des BMZ verankert. So konnten die beteiligten Ämter selbstbestimmt erste Ideen sammeln und diese mit externer

<sup>1</sup> Eine Übersicht zu den Angeboten des Lerntreffs findet sich in der Broschüre: Grundbildung – Ein (neues) Handlungsfeld für Bibliotheken.  
<sup>2</sup> Kooperationspartner und Impulsgeber war Prof. Dr. Richard Stang von der Hochschule der Medien in Stuttgart.  
<sup>3</sup> Das Jobcenter wurde kurz nach der Eröffnung des Lerntreffs in die Zusammenarbeit eingebunden.  
<sup>4</sup> Hierzu zählen vor allem flexibel gestaltete Lernräume mit einem multifunktionalen Mobiliar und einem Kubus, als Raum-in-Raum Lösung.

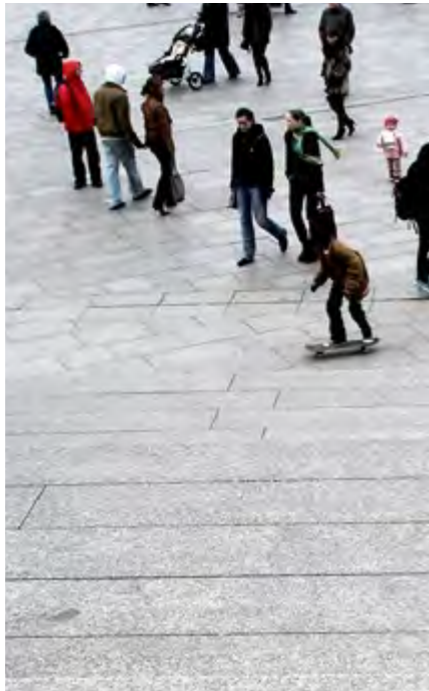
APAG-Mitarbeiter lagen. Die Notwendigkeit einer personellen Unterstützung bleibt allerdings bestehen, da der zeitliche Mehraufwand – gerade bei guter Annahme des Lerntreffs durch Lernende – auch weiterhin zu berücksichtigen bleibt. Die aktuelle Aufgabenverteilung lässt sich wie in Abb. 1 (S. 29) gezeigt stufenweise darstellen.

Um weniger geübten Lesern eine möglichst selbständige Informationsbeschaffung zu erleichtern, wurde eine vereinfachte Sprache dauerhaft in die bibliothekseigene Öffentlichkeitsarbeit eingebunden. Die konsequente und bereitwillige Umsetzung zeigt, dass auch neue Aufgaben als Bereicherung erlebt werden können.

Von der Möglichkeit, durch eine vereinfachte Ansprache schwer erreichbare Zielgruppen zu erschließen, haben zudem weitere Ämter mit regem Kundenkontakt Gebrauch gemacht. Zahlreiche Mitarbeiter haben an den von APAG organisierten Fortbildungen zur Leichten Sprache<sup>4</sup> teilgenommen. Als besonders gelungenes Beispiel ist hier die in Kooperation zwischen APAG und dem Trierer Wahlbüro erstellte Broschüre „Ober-Bürgermeister-Wahl in Trier: Einfach wählen – Eine Erklärung in Leichter Sprache“ als Partizipationsmöglichkeit an der lokalen Politik zu nennen.

Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass klare Verantwortlichkeiten unter dem Dach einer federführenden Einheit zur Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben festgelegt und, wie im geschilderten Beispiel, von einer gemeinsamen Arbeitskultur getragen werden müssen. Dies gilt insbesondere bei unterschied-

licher Arbeitsbelastung einzelner Ämter und bei Veränderungen im routinemäßigen Ablauf des Arbeitsalltags, um die aufgebauten Strukturen und Prozesse dauerhaft zu erhalten. «



**Für interessierte Kommunen bietet das Projekt APAG ab 2017 kostenfreie Schulungen in den beiden Bereichen:**

- **Bibliothek als Lernort für Grundbildung**
- **Aufbau eines flankierenden Unterstützungssystems mit ehrenamtlichen Lernbegleitern**

**Kontakt bei Nachfragen:**

[apag@trier.de](mailto:apag@trier.de)

**Weitere Informationen:**

[www.grundbildung.trier.de](http://www.grundbildung.trier.de)



Blick in den Kubus (Foto: Projekt APAG / vhs Trier)

**Autorin:** Dr. Nina Krämer-Kupka – APAG Trier

**Literatur:** Grundbildung – Ein (neues) Handlungsfeld für Bibliotheken. Der Lerntreff der Stadtbibliothek Palais Walderdorff in Trier. Hrsg.: APAG / vhs Trier.

Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener. 1. Aufl., August 2015. <http://grundbildung.trier.de>

Ober-Bürgermeister-Wahl in Trier: Einfach wählen – Eine Erklärung in Leichter Sprache. Hrsg.: Lebenshilfe Trier e.V., Grundbildungsprojekt APAG der VHS Trier, Wahl-Büro der Stadt Trier, Johannes Kolz. <http://grundbildung.trier.de>

Der Artikel wurde erstmals im Oktober 2015 unter dem Titel „Querschnittsaufgaben und Veränderungsprozesse. Der Aufbau des Trierer Lerntreffs“ im TRANSFERkompass der Transferagentur Niedersachsen veröffentlicht.

## Veranstaltungen der Transferagentur RLP-SL

2. Halbjahr 2016

### TAGUNGEN UND KONFERENZEN:

**Thementagung Schulentwicklungsplanung - Auf dem Weg zur kommunalen Bildungslandschaft**

29. September 2016, business + innovation center Kaiserslautern

**Thementagung Jugendberufsagenturen – Kooperationsstrukturen im Übergangsmanagement**  
25. Oktober 2016, Victor's Residenz-Hotel, Saarbrücken

**Bundeskonzferenz Bildungsmanagement 2016 des BMBF**  
7./8. November 2016, Kosmos, Berlin

**Jahrestagung kommunales Bildungsmanagement – Chancengerechtigkeit in der Bildung**  
28./29. November 2016, NH-Hotel, Bingen am Rhein

### QUALIFIZIERUNGEN:

**Bildungsmonitoring: Einführung in das IT-Instrumentarium**  
12.-15. Sept. 2016, Seminarraum der Transferagentur, Trier

**Bildungsmonitoring: Grundlagen für die praktische Arbeit**  
9./10. Nov. 2016, Seminarraum der Transferagentur, Trier

**Strategieentwicklung & Steuerung im Bildungsmanagement**  
6. Oktober 2016, Seminarraum der Transferagentur, Trier

**Koordination & Bildungsmanagement: Sicherheit in der neuen Rolle**

8. Dezember 2016, Seminarraum der Transferagentur, Trier

### KOMMUNALFOREN:

**Gemeinsames Kommunalforum „Bildungsmanagement“ und „Bildungsmonitoring“**

31. August 2016, Seminarraum der Transferagentur, Trier

Weitere Qualifizierungen und Veranstaltungsinformationen finden Sie in unserem Qualifizierungsprogramm oder auf unserer Webseite:

[www.transferagentur-rheinland-pfalz-saarland.de](http://www.transferagentur-rheinland-pfalz-saarland.de)

Die Veranstaltungen der Transferagentur sind kostenfrei.

<sup>4</sup> Erläuterungen zum Konzept der Leichten Sprache finden sich unter: <http://leichtesprache.org>





# IMPRESSUM

**Kommunales Bildungsmanagement Rheinland-Pfalz – Saarland e.V.**

**Transferagentur RLP-SL**

Domfreihof 1a

54290 Trier

Telefon: 0651 · 46 27 84 · 0

Email: [info@transferagentur-rlp-sl.de](mailto:info@transferagentur-rlp-sl.de)

Web: [www.transferagentur-rheinland-pfalz-saarland.de](http://www.transferagentur-rheinland-pfalz-saarland.de)

**Redaktion:** Dr. Katja Wolf / Benjamin Koltermann / Jessica Trogler

Die Verantwortung für den Inhalt der einzelnen Beiträge liegt bei den genannten Autorinnen und Autoren.

**Gestaltung:** Phormat Werbeagentur / Jessica Trogler

**ISSN (Online) 2367-4474**

**August 2016**

**Bildnachweis:**

S. 01 iStock/Alexlukin

S. 02 Phormat

S. 04/05, 06, 08/09 Herbert Piel

S. 10 iStock/mrfotos

S. 12 Monkey Business Images

S. 13 cydonna/photocase.de

S. 14 istock/Chalabala

S. 18 Integration Central

S. 19 dbv/J.F. Müller

S. 20 okabekenji\_akane/photocase.de

S. 21 anghy/photocase.de

S. 24 Dirk Lion/Volkshochschule Kaiserslautern

S. 25 Hemera/Jan Kranendonk

S. 26/27 Projekt APAG/vhs Trier

S. 28 testfight/photocase.de

S. 30 (l.) es.war.einmal../photocase.de,

(r.) Projekt APAG/vhs Trier

S. 31 DerGrafischer/photocase.de

S. 32 iStock/veou